

79. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

18. Jänner 1956

425/J

A n f r a g e

der Abg. K a n d u t s c h und Genossen
 an den Bundesminister für soziale Verwaltung,
 betreffend die Vorfälle im Chemisch-pharmazeutischen Institut,

-.-.-

In der "Neuen Front" vom 17. Dezember 1955 wurde auf der ersten Seite eine Meldung abgedruckt, welche besagt, dass im Chemisch-pharmazeutischen Institut die Unterschlagung eines grösseren Geldbetrages vorgekommen sei. Den unterzeichneten Abgeordneten sind inzwischen nähere Details zur Kenntnis gelangt. Danach habe eine Beamte 17.000 S veruntreut und, als dies ihrer vorgesetzten Dienststelle bekannt wurde, einen Selbstmordversuch unternommen. Dieser Selbstmordversuch soll allerdings nur fingiert gewesen sein, was durch die Tatsache erhärtet wird, dass darüber die Rettungsgesellschaft keine Anzeige gemacht hat. Alles spricht dafür, dass Kräfte am Werk sind, die ganze Affäre zu verschleiern. Angeblich ist der Beamten Gelegenheit gegeben worden, die veruntreute Geldsumme durch den Verkauf eines Autos wieder zu ersetzen.

Die unterzeichneten Abgeordneten sind sehr verwundert, dass eine zweimalige Presseveröffentlichung über einen so schwerwiegenden Tatbestand ohne jegliche Reaktion von Seiten des Sozialministeriums geblieben ist, und sehen darin nur noch eine weitere Bestätigung, dass hier aus parteipolitischen Gründen ein schweres Vergehen toleriert werden sollte, was einen klaren Amtsmisbrauch darstellt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung die

A n f r a g e:

1. Ist der Herr Bundesminister bereit, Aufklärung über die Vorfälle im Chemisch-pharmazeutischen Institut zu geben?

2. Ist der Herr Bundesminister bereit, sowohl gegen die unmittelbare Täterin als auch gegen jene Beamten ohne Rücksicht auf Ansehen der Person einzuschreiten, die sich durch ihre Hilfeleistung bei der Geheimhaltung mitschuldig gemacht haben?

-.-.-.-